

Das letzte Wort zur Salamitaktik des Staatsrats ist noch nicht gesprochen

MEDIENMITTEILUNG - 15. Dezember 2015

Am Dienstag, den 15. Dezember geht die FEDE auf die Abgeordneten des Grossen Rates zu, um ihnen eine weitere Salamischeibe anzubieten. Die FEDE wird die Mitglieder des Kantonsparlaments fragen: Wollen Sie wirklich weiterhin Scheibe um Scheibe des öffentlichen Dienstes abbauen, indem Sie gutheissen, dass die KGV zu einem unabhängigen Königreich im Herzen der Republik wird?



Die FEDE hat den Vorentwurf des Gesetzes über die KGV, der Ende Sommer in die Vernehmlassung geschickt wurde, nicht gut verdaut*. In der Stellungnahme zu diesem Vorentwurf hat sich die FEDE dafür entschieden, nicht auf die Vorschläge einzugehen, da ihr die von den Verfechtern dieses Projekts vorgebrachten Ziele dermassen absurd erschienen.

Die FEDE lehnt den Verlust der politischen Kontrolle über die KGV, den Austritt der Angestellten aus dem StPG und die Einführung von leistungsabhängigen Löhnen kategorisch ab. Es muss an dieser Stelle daran erinnert werden, dass der Grosse Rat 2003 die Einführung eines leistungsorientierten Lohnsystems im Staatsapparat von Freiburg ablehnte. Eine Studie der OECD zeigt ebenfalls, dass ein solches Lohnsystem in den öffentlichen Verwaltungen mehr Schaden anrichtet als Mehrwert schafft. Wieso soll ein solches System nun gegen den Willen des Parlaments in der KGV eingeführt werden? Wir werden uns mit allen Mitteln dagegen wehren.

Die FEDE wird sich mit allen Mitteln gegen diese Tendenz zur Wehr setzen und dies zu einer ihrer Prioritäten für 2016 machen. Wir verteidigen den öffentlichen Dienst, die Aufrechterhaltung des Personals innerhalb des StPG und die Aufsichtsfunktion des Staates über die öffentlichen Dienste und wehren uns gegen jede Form der ungerechtfertigten Auslagerung.

An die Abgeordneten stellen wir folgende Fragen:

- **Gibt es ernstzunehmende Gründe, warum das Personal der KGV aus dem StPG austreten sollte?**
- **Entspringt die Salamitaktik der Regierung und des Parlaments etwa der Vernunft?**

Das Argumentarium des Gesetzesentwurfes der KGV lässt daran jedenfalls starke Zweifel aufkommen. Falls der Staatsrat diesen Gesetzesentwurf ernst nehmen sollte, wären wir bezüglich seiner Vorstellung des öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren sehr besorgt. Wir wollen keine Salamitaktik und keine Führung, die im Fahrwasser des «New public management» schwimmt.

Bei solchen Prozessen weiss man zumeist genau, wann es losgeht, aber niemand kann sagen, wann und wo es wieder aufhört!

* Vorentwurf der Änderung des Gesetzes vom 12. November 1964 betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden und des Gesetzes vom 6. Mai 1965 über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden